

Tag der Wirtschaft
Präsidentiansprache
Freitag, 4. September 2015

Es gilt das gesprochene Wort

Innovation und stabile Rahmenbedingungen statt Regulierung

Rück- und Ausblick auf die Herausforderungen der Schweizer Wirtschaft

Heinz Karrer, Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich begrüsse Sie herzlich zum diesjährigen Tag der Wirtschaft von economiessuisse. Ich freue mich, dass Sie als Vertreterinnen und Vertreter von Wirtschaft und Politik heute so zahlreich erschienen sind. Sie bekunden damit Ihre Verbundenheit mit unserer Organisation, wofür ich mich bedanke.

Ein ganz spezieller Gruss geht auch an Regierungsrat Robert Küng, der heute als Vertreter unseres diesjährigen Gastkantons Luzern mit uns den Tag der Wirtschaft feiert. Auch freut es mich sehr, dass wir heute die Schülerinnen und Schüler der Evangelischen Mittelschule in Schiers mit dem Schwerpunktfach Wirtschaft und Recht bei uns zu Gast haben. Sie sind in Begleitung ihrer Lehrpersonen Heini Hagmann und Antje Reyher angereist und unterstützen das Team der erfolgreichen Jungunternehmer von Oak Trend aus ihrer Klasse. Wir werden später noch mehr davon erfahren und sind sehr gespannt. Es freut mich sehr, dass wir damit den Kontakt zu unserer Jugend pflegen und beim gemeinsamen Mittagessen ins Gespräch kommen können.

Als ich heute Morgen dem Lido entlang und über die Seebrücke hierher ins KKL gekommen bin, sah ich draussen auf dem See einen der wunderschönen Raddampfer vorbeiziehen. Dabei habe ich mich zurückerinnert, wie ich jeweils als Kind im Innenraum dieser Schiffe am Geländer klebte und zuschautete, wie die Mechaniker den Antrieb überwachten, während die Kolben des imposanten Motors unablässig hoch und runter gingen. Ich war stets beeindruckt vom Druck, der in diesen Dampfkesseln herrschen muss, um die schweren Schaufelräder anzutreiben.

Auch der Dampfkessel der Schweizer Wirtschaft steht derzeit mächtig unter Druck. Im Unterschied zu meinen Kindheitserinnerungen treibt mir dieser Umstand aber eher Sorgenfalten als ein Staunen ins Gesicht. Einerseits versuchen unsere Unternehmen derzeit mit aller Kraft, ihre Schiffe sicher über stürmische Wasser zu bringen, den Fahrplan einzuhalten und sich um Kunden und Crew zu kümmern. Angesichts der aktuellen Grosswetterlage ist dies schon herausfordernd genug. Ich werde in den folgenden Minuten noch genauer darauf eingehen. Paradoxerweise nimmt die Politik dies zwar zur Kenntnis. Die Dampfleitungen dieser Schiffe werden jedoch durch politische Entscheide immer mehr

verstopft. Und wir alle wissen, dass sich der Druck auf die Schweizer Wirtschaft mit dem Entscheid unserer Nationalbank zur Aufhebung des Euro-Mindestkurses nochmals zusätzlich erhöht hat. Die Lage ist ernst, denn es gibt Schiffe, auf denen bereits Schwimmwesten ausgeteilt werden.

1 Rückblick

Lassen Sie uns aber zuerst noch einen kurzen Blick zurück auf unseren bisherigen Weg durchs Wasser werfen. Ich möchte drei Punkte speziell erwähnen:

- Die Schweizer Stimmbevölkerung war aufgerufen, sich in den letzten zwölf Monaten zu zehn wirtschaftsrelevanten nationalen Vorlagen zu äussern. Die Wirtschaft nimmt mit Erleichterung und Freude zur Kenntnis, dass sämtliche wirtschaftsfeindlichen Volksinitiativen an der Urne deutlich gescheitert sind. Erinnerung sei hier insbesondere an die klaren Absagen gegen die Eco-pop-Initiative (74,1 Prozent Nein), die Gold-Initiative (77,3 Prozent), die Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» (92 Prozent Nein) und die Erbschaftssteuer-Initiative (71 Prozent Nein). Aber machen wir uns nichts vor: Angesichts der anstehenden politischen Geschäfte bleibt das Schadenspotenzial für unseren Wohlstand weiterhin hoch.
- Selbstverständlich sitzt uns aber auch der 15. Januar noch in den Knochen. Die Schockwellen der Aufhebung des Euro-Mindestkurses durch die SNB sowie die Einführung von Negativzinsen sind bis heute spürbar. Mehr noch, sie dürften sich in den kommenden Monaten gar noch verstärken. Eine Umfrage von Swissmem¹ zeigt, dass aufgrund des Margendrucks wegen der Frankenstärke rund ein Drittel der befragten Unternehmen für 2015 von einem operativen Verlust ausgeht. Jedes sechste Unternehmen plant zumindest Teile seiner Wertschöpfungskette ins Ausland zu verlagern. Mit Blick auf den Aussenhandel² und andere Indikatoren³ stehen uns ohne Zweifel schmerzhaft Anpassungen bevor. Da überrascht es schon, wenn der Berner Politikbetrieb dies wie bereits erwähnt zwar zur Kenntnis nimmt, bisher aber unbeirrt weiter seinen gewohnten Gang zu gehen scheint, anstatt die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft nicht weiter zu verschlechtern.⁴ Stattdessen rütteln gewisse Kreise lieber an der Unabhängigkeit unserer Nationalbank. Lassen Sie es mich hier aber nochmals klar festhalten: Wir haben grösstes Vertrauen in die Nationalbank. Die Unabhängigkeit der SNB gilt es auch nach dem kontrovers diskutierten Entscheid vom 15. Januar unbedingt zu wahren.
- Das vergangene Jahr war aber auch geprägt von intensiven und teils hitzigen Diskussionen über unser zukünftiges Verhältnis zur Europäischen Union. Die Handelsbeziehungen zur EU sind für die Schweizer Wirtschaft von zentraler Bedeutung. Die Bilateralen Abkommen und insbesondere das Freizügigkeitsabkommen sind hierfür eine notwendige Grundlage und müssen unbedingt erhalten werden. Entsprechend hat sich economiesuisse Ende Mai denn auch kritisch zum Vorschlag des Bundes zur Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative geäussert. Sein Entwurf kommt gar noch restriktiver daher als der Verfassungstext. Stattdessen braucht es vielmehr eine wirtschaftsfreundliche und europaverträgliche Umsetzung. Ich werde später noch ausführlicher auf dieses Thema zu sprechen kommen.

¹ <http://www.swissmem.ch/news-medien/news/mem-industrie-der-starke-franken-hinterlaesst-sichtbare-spuren.html>

² Schweizer Aussenhandel ist im 1. Halbjahr um 2,6 Prozent (Exporte) und 7,4 Prozent (Importe) zurückgegangen. Der Export pharmazeutischer Wirkstoffe brach gar um 20 Prozent ein.
<http://www.ezv.admin.ch/aktuell/04042/04081/05645/index.html?lang=de&msg-id=58141>

³ Zum Beispiel Anstieg der Arbeitslosenquote im 2016 auf 3,1 Prozent (+5,2 Prozent gegenüber Vorjahresmonat):
<http://www.seco.admin.ch/aktuell/00277/01164/01980/index.html?lang=de&msg-id=58027>

⁴ http://www.economiesuisse.ch/de/PDF_Download_Files/dp06_Frankenstaerke_20150527.pdf

Lassen Sie mich den Rückblick aber mit zwei positiven Erinnerungen abschliessen. Erstens spüre ich sowohl in unseren Mitgliederkreisen als auch auf der Geschäftsstelle einen enormen Einsatzwillen für die Interessen der Wirtschaft. Ich möchte mich an dieser Stelle bei Monika Rühl, aber auch bei allen Mitarbeitenden von *economiesuisse* recht herzlich bedanken. Ich bin stolz, dass wir an unseren fünf Standorten derart motivierte Mitarbeitende haben, die sich für optimale Rahmenbedingungen für die Unternehmen in der Schweiz einsetzen. Zweitens lancierten wir im Rahmen der Initiative «Wirtschaft & Gesellschaft» gemeinsam mit dem Jugendsender Joiz drei Pilotsendungen, die den Jugendlichen die Wirtschaft näherbringen. Mit Besuchen bei Unternehmen, Gesprächen mit Studiogästen und viel Interaktion mit dem Publikum werden in der Sendereihe «Inside Economy» auf unterhaltsame Weise wirtschaftliche Zusammenhänge und Themen wie Export, die Frankenstärke, Güterverkehr oder die Faszination des Unternehmertums vermittelt. Bisher konnten wir so bereits mehrere Zehntausend jugendliche Zuschauer erreichen.

2 Ausblick

Lassen Sie uns nun aber den Blick wieder nach vorne richten. Um bei der Nautik zu bleiben: Nicht nur das Gebiet, aus dem wir kommen, sondern auch das vor uns liegende Gewässer bietet etliche Tücken und bedarf einer guten Navigation. Lassen Sie mich dabei auf die für die Wirtschaft zentralen Themen eingehen. Insbesondere möchte ich mich hierbei auf die Europapolitik fokussieren.

2.1 Europapolitik

Meine Damen und Herren, unsere Wirtschaft ist eine der europäischsten des ganzen Kontinents. Was meine ich damit: Die Schweiz ist als Nichtmitglied der EU so stark mit der Europäischen Union vernetzt, wie kaum ein Mitgliedstaat der Union. Dies gilt insbesondere auch für die Integration in den EU-Binnenmarkt.⁵ Gemäss einer volkswirtschaftlichen Studie sind nur Belgien und Irland punkto Export und Import von Waren und Dienstleistungen, Direktinvestitionen und Zuwanderung noch stärker in den Binnenmarkt integriert. 2014 haben Schweizer Firmen Waren im Wert von über 128 Milliarden Franken in die EU exportiert und solche im Wert von 167 Milliarden Franken importiert. Das sind viermal respektive achtmal mehr als mit dem wichtigsten aussereuropäischen Handelspartner, den USA.⁶ Umgekehrt sind wir damit hinter den USA und China der dritt wichtigste Handelspartner der EU. Angesichts dieser eindrücklichen Zahlen ist nur schon der Gedanke, man könne dieses Volumen rasch in ein paar Jahren mit Handelsbeziehungen ausserhalb Europas kompensieren, weit entfernt von jeglicher politischer Realität.

Hinzu kommt, dass die Schweiz diese Vorteile bisher in Anspruch nehmen konnte, ohne sich an manchen problematischeren Formen der Zentralisierung und institutionellen Integration der EU beteiligen zu müssen. Wir alle wissen, dass sich dies mit dem Urnenentscheid vom 9. Februar 2014 fundamental geändert hat. Denn wegen der Guillotine-Klausel innerhalb der Bilateralen Verträge I ist nicht nur die Personenfreizügigkeit, sondern auch die gesamte Marktintegration in Gefahr. Die Schweiz ist dadurch leider in einer zweifellos schwierigen Verhandlungsposition. Wie auch immer die innen- und aussenpolitischen Verhandlungen verlaufen werden – eines ist klar: Der Preis für die Vorteile der Schweiz in dieser Beziehung dürfte deutlich höher sein als bisher. Bis vor Kurzem hiess es, die Schweiz solle sich einmal ein Beispiel an Griechenland nehmen, wie hart man verhandeln könne. Mit Blick auf die aktuellen Geschehnisse kann man solche Äusserungen aber kaum noch ernst nehmen. Die Schweiz ist weder Mitglied der EU noch in der Eurozone, empfängt keine Hilfsgelder, steht nicht am Rand des Ruins und strebt sicher nicht einen massiven Konflikt mit der EU an.

⁵ <http://www.nzz.ch/wirtschaft/die-schweiz-ist-staerker-integriert-als-viele-mitgliedslaender-1.18360889> oder <http://www.eu-index.uni-goettingen.de/?lang=de>

⁶ https://www.eda.admin.ch/content/dam/dea/de/documents/faq/schweiz-eu-in-zahlen_de.pdf

Als ich vor einem Jahr am Tag der Wirtschaft vor Ihnen stand, sprach ich in diesem Zusammenhang von einem schwierigen Unterfangen und von aufkommenden Gewitterwolken. Ich glaube, daran hat sich bis heute nichts geändert: weder an den europapolitischen Zielen von *economiesuisse* (Sicherung und Weiterentwicklung des Marktzugangs in die EU), noch an den Unsicherheiten auf dem Weg dorthin.

Dies zeigt auch eine Umfrage⁷ unter unseren Mitgliedern, die wir in Zusammenarbeit mit Credit Suisse und UBS durchgeführt haben: Von der Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative hängen sowohl die Beschäftigungsentwicklung als auch Investitionsentscheide in der Schweiz ab. Rund 60 Prozent der 7000 befragten Firmen mit insgesamt über 120'000 Arbeitsplätzen geben an, an einer Eventualplanung zu arbeiten. Zwar sieht vorerst noch keines der befragten Unternehmen einen Wegzug vor und vertraut darauf, dass die Politik möglichst rasch eine Lösung findet. Sollte dies aber nicht gelingen, dürfte das starke negative Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Schweiz haben. Insbesondere bei einer starren Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative erwarten beispielsweise rund ein Viertel der Firmen einen Beschäftigungsrückgang. Noch deutlicher werden die Befürchtungen, wenn nach der Wartezeit bei der Rekrutierung von ausländischen Arbeitskräften gefragt wird: Dauert eine solche länger als drei Monate, erwarten über 70 Prozent der antwortenden Unternehmen einen Rückgang der Beschäftigung, der im Extremfall auf über 15 Prozent geschätzt wird. Sämtliche Unternehmen fordern deshalb eine unbürokratische und wirtschaftsverträgliche Umsetzung der Initiative.

Der Bundesrat hat hierzu seinen Vorschlag vergangenen Februar in die Vernehmlassung gegeben. Zu unserer Enttäuschung ging dieser gar noch weiter als die Forderungen der Initianten. Von einer wirtschaftsverträglichen Umsetzung der Initiative ist dieser Entwurf deshalb noch weit entfernt. Denn ein wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort ist zwingend auf die Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte angewiesen. Andernfalls wird ein System der «Mangelwirtschaft» im Schweizer Arbeitsmarkt grossen Schaden anrichten.

economiesuisse hat in Zusammenarbeit mit dem Arbeitgeberverband ein Umsetzungskonzept entworfen. Dieses setzt den Volkswillen einer Beschränkung der Zuwanderung um, nützt gleichzeitig aber den Spielraum aus. Dadurch werden einerseits die volkswirtschaftlichen Risiken beschränkt und andererseits die Chancen auf einen Verhandlungserfolg mit der Europäischen Union möglichst intakt gehalten (Globalkontingente und Schutzklauselmechanismus)⁸. Ich spreche bewusst von «beschränkt» und von «Chancen auf einen Verhandlungserfolg». Denn nach wie vor haben wir es mit einer Vielzahl von Variablen zu tun, die im Sinne der Schweiz ausgestaltet sein müssten. Nur dann ist die viel zitierte Quadratur des Kreises zu erreichen: nämlich eine verfassungskonforme Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative und der Erhalt der Bilateralen Verträge mit der EU.

Zu diesen Variablen gehören auch die vielen möglichen Varianten von europapolitischen Abstimmungsvorlagen, die in nächster Zeit auf uns zukommen könnten. Es ist wie bei einem Zauberwürfel (oder Rubik's Cube): Das gewünschte Endresultat ist klar, aber der Weg dorthin ist äusserst knifflig. Kommt hinzu, dass beim Zauberwürfel der Europapolitik die einzelnen Würfelsegmente völlig unerwartet ihre Farbe wechseln können. Ein ehemals plausibler Lösungsansatz wird damit von einem Moment zum andern Makulatur.

Die Wechselbeziehungen der einzelnen Dossiers und Vorlagen werden parallel auch durch den Verlauf der Verhandlungen zwischen der EU und der Schweiz über ein institutionelles Rahmenabkommen bestimmt. Dieses wird vonseiten der EU zur Lösungsfindung im Bereich der Personenfreizügigkeit und als Bedingung für den zukünftigen Zugang zum EU-Binnenmarkt vorausgesetzt.

Was kann die Wirtschaft in diesem schwierigen Kontext tun, um die richtigen Impulse zu geben? Einerseits liegt wie bereits gesagt ein Umsetzungsvorschlag der Wirtschaft zur Masseneinwanderungs-Initia-

⁷ http://www.economiesuisse.ch/de/themen/awi/bilwirtschaftsbez/seiten/detail.aspx?artID=WN_Umfrage_20150605

⁸ http://www.economiesuisse.ch/de/PDF%20Download%20Files/MM_Umsetzung_20150529.pdf

tive seit Ende Mai auf dem Tisch. Andererseits muss die im Januar von economiesuisse und Arbeitgeberverband lancierte Initiative «Zukunft Arbeitsmarkt Schweiz» mit unvermindertem Engagement weitergeführt werden. Diese hat zum Ziel, die Erwerbsquote unter älteren Personen, Frauen, Jugendlichen und Menschen mit Behinderungen zu verbessern. Zwar gilt es realistisch zu bleiben: Eine starke Wirtschaft wird auch in Zukunft auf qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen sein, und dies aufgrund des demografischen Wandels noch verstärkt. Nichtsdestotrotz ist die Wirtschaft gefordert, ihren Beitrag zu leisten, um angesichts einer Beschränkung der Zuwanderung das inländische Arbeitskräftepotenzial noch besser zu nützen.

Aber nicht nur die Wirtschaft ist gefordert. Wenn wir uns vor Augen halten, dass gut zwei Drittel des Stellenwachstums in den letzten Jahren nicht auf das Konto des privaten, sondern des öffentlichen Sektors gehen, dann wird deutlich, dass der Staat sehr wohl auch einen Handlungsdruck in Richtung mehr Effizienz und weniger Administration und Bürokratie verspüren sollte. Das Problem ist nämlich, dass bei einer Beschränkung der Zuwanderung der Staat den Privatunternehmen die knappen Kontingente streitig macht und gleichzeitig den Stellenzuwachs mit den wachsenden Aufgaben rechtfertigt, die zu einem guten Teil auch aufgrund unnötiger Regulierungen entstanden sind. Für economiesuisse ist klar, dass nur durch gemeinsame Anstrengungen von Staat und Wirtschaft die Zuwanderung nachhaltig reduziert werden kann, ohne den Wohlstand der Schweiz aufs Spiel zu setzen.

Ich denke, wir sind uns einig, wenn ich hier abschliessend festhalte, dass für die Unternehmen, den Wohlstand und die Menschen in der Schweiz die europapolitischen Entscheide zukunftsweisend sein werden. Für Experimente ist kein Platz – mit Feuer spielt man nicht. Dass sich mittlerweile alle Parteipolitiker bereit erklärt haben, über den Schutzklauselansatz für die Steuerung der Zuwanderung zu diskutieren, ist ein ermutigendes Signal. Die Wirtschaft ist aber nebst ermutigenden Signalen auch auf konkrete aktive Unterstützung im politischen Prozess angewiesen. Statt den Wert der Bilateralen kleinzureden oder den Arbeitsmarkt weiter zu überreglementieren, wäre unseren Unternehmen mehr geholfen, wenn sich das Parlament mit vereinten Kräften für die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz und der Bilateralen Verträge starkmacht.

Sie sehen: In diesem Dossier ist derzeit viel Druck in der Leitung. Aber wie beim Raddampfer verschafft Druck, der richtig genutzt wird, neuen Antrieb und bringt uns vorwärts. Wenn Wirtschaft und Politik gemeinsam diesen Druck in die richtige Richtung lenken, können wir auch in der Europafrage an neue Ufer kommen.

Aber nicht nur in europäischen Gewässern, auch im Revier der Finanz- und Steuerpolitik warten mit der Unternehmenssteuerreform III und der Reform der Altersvorsorge derzeit grosse Herausforderungen auf uns.

2.2 Unternehmenssteuerreform III

Für die Schweiz und ihre Wirtschaft ist die Weiterentwicklung der Unternehmensbesteuerung ein Thema von höchster Priorität. Wir alle profitieren stark davon, dass Zehntausende internationale Unternehmen – einheimische und ausländische – von unserem Land aus operieren. Umso wichtiger ist es, diesen Firmen die nötige Planungssicherheit für ihre steuerliche Zukunft an unserem Wirtschaftsstandort auf international wettbewerbsfähigem Niveau auch weiterhin zu garantieren. Es geht bei dieser Vorlage um nichts weniger als um die internationale Ausstrahlung des Unternehmens- und Steuerstandorts Schweiz.

Ein attraktiver Steuerstandort ist kein Selbstzweck. Natürlich geht es um Unternehmen – um Grosskonzerne und um Tausende KMU in unserem Land. Es geht aber ebenso sehr um öffentliche Finanzen und unseren Wohlstand insgesamt: International tätige Gesellschaften in der Schweiz liefern jährlich über fünf Milliarden Franken an Gewinnsteuern ab. Sie arbeiten mit KMU-Zulieferern aus der ganzen Schweiz, die ihrerseits Steuern zahlen. Und sie stellen Arbeitsplätze, die in die Hunderttausende gehen und die wiederum hohe Erträge an Einkommenssteuern abliefern. In diesem Zusammenhang ist es

schwer nachvollziehbar, wenn mit dem Argument der Steuerausfälle gegen die Reform Stimmung gemacht wird. Und vergessen wir nicht: Es waren die kantonalen Finanzdirektoren, die sagten: «Nichtstun ist keine Option und käme die Schweiz teurer zu stehen.»

Anders als von linker Seite häufig vorgebracht wird, wünscht sich die Wirtschaft keine neuen Steuerprivilegien. Vielmehr geht es darum, einer massiven steuerlichen Verschlechterung des Wirtschaftsstandorts Schweiz entgegenzuwirken. Das von Bund und Kantonen sorgfältig erarbeitete Massnahmenpaket unterstützen wir denn auch grossmehrheitlich. Was die Wirtschaft nun braucht, ist eine zügige parlamentarische Behandlung und rasche Umsetzung. Die Verantwortung liegt jetzt bei der Politik.

Klar ist, dass die Schweiz mit der Reform viel gewinnt: Rechts- und Planungssicherheit für die betroffenen Unternehmen, internationale Akzeptanz sowie eine Perspektive auch für die öffentlichen Finanzen. Ich appelliere deshalb an die Politik: Es muss uns unbedingt gelingen, die Weiterentwicklung der Unternehmensbesteuerung rasch voranzutreiben. Sonst werden andere Wirtschaftsstandorte diese Zeit zu nutzen wissen. Die nächsten Jahre sind im internationalen Steuerwettbewerb entscheidend. Die Schweiz muss sich im besten Eigeninteresse optimal positionieren. Die Voraussetzungen hat sie, aber wir müssen die Chancen packen.

2.3 Reform der Altersvorsorge

Ein anderes Thema, das wir zusammen mit dem Arbeitgeberverband mit Hochdruck bearbeiten, ist die Reform der Altersvorsorge. Unser System mit seinen drei Säulen hat sich über Jahrzehnte bewährt. Deswegen Finanzierung wird aber den heutigen Gegebenheiten nicht mehr gerecht. Das Problem hat einen Namen: demografischer Wandel. Seit der Gründung der AHV im Jahr 1948 hat sich die Lebenserwartung von Herr und Frau Schweizer im Alter von 65 Jahren um 50 Prozent erhöht. Gleichzeitig nahm die Geburtenrate stark ab. Die Folge davon ist, dass die arbeitende Bevölkerung im Verhältnis zu den Rentnern stark sinkt: Von 6,5:1 im Gründungsjahr auf 3,5:1 heute, wird sich dieses Verhältnis bis 2040 auf 2:1 senken.

Meine Damen und Herren, die Zeit drängt. Bereits im vergangenen Jahr genügten die Einnahmen der AHV nicht mehr aus, um die laufenden Renten zu finanzieren. Ziel der Reform ist jedoch nicht nur die Sanierung der Altersvorsorge, sondern gleichzeitig auch die Sicherung des heutigen Rentenniveaus. Hierzu bekennt sich auch die Wirtschaft klar. Sie will einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung der wichtigsten Schweizer Sozialwerke leisten und ihre Verantwortung gegenüber der Gesellschaft wahrnehmen. Die Botschaft von *economiesuisse* und Schweizerischem Arbeitgeberverband an den Bundesrat in dieser Sache ist klar: (1) Wir dürfen das Fuder nicht überladen. (2) Die AHV kann nicht durch einseitige Massnahmen gesichert werden.

Die Vorlage des Bundesrats ist sowohl inhaltlich wie auch politisch überdimensioniert und bedarf dringend einer klaren Priorisierung und Fokussierung. Im Wesentlichen sind es vier Massnahmen, die aus Sicht der Wirtschaft prioritär zu behandeln sind: Anhebung des Referenz-Rentenalters auf 65 für Männer und Frauen, Flexibilisierung des Rentenbezugs zwischen 62 und 70 Jahren, Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,6 Prozent und Senkung des Mindestumwandlungssatzes auf 6,0 Prozent mit Kompensationsmassnahmen. Genauso wichtig ist in einem zweiten Paket eine Stabilisierungsregel für die AHV, um künftig rechtzeitig ein finanzielles Entgleiten zu vermeiden. Seien wir aber realistisch: Auch mit einer Priorisierung der Massnahmen bleibt die Reform der Altersvorsorge ein politischer und finanzieller Kraftakt. Und auch wenn uns der erste Schritt bis 2018 gelingt, gilt es noch viele weitere Klippen zu umsegeln. Gelingt er uns aber nicht, drohen der AHV bis 2030 jährliche Defizite von über 8,3 Milliarden Franken pro Jahr.

Während wir aber zum einen über eine möglichst vernünftige Reform der Altersvorsorge diskutieren, steht zum anderen eine absolut unvernünftige Forderung von linker Seite im Raum. Ich spreche von der Volksinitiative «AHV plus», über die wir im nächsten Jahr abstimmen werden. Die Initianten fordern darin, die AHV-Renten pauschal um zehn Prozent zu erhöhen. Während allein schon die Sicherung der beste-

henden Renten eine enorme Herausforderung ist – wir erinnern uns an die gescheiterte AHV-Reform von 2010 –, stehen jährliche Mehrkosten von über fünf Milliarden Franken absolut quer in der Landschaft. Bis 2030 droht bei Annahme der Initiative gesamthaft eine Finanzierungslücke von 14 Milliarden Franken. Sicher ist: Die Wirtschaft wird die Initiative mit aller Kraft bekämpfen. Und auch Parlament und Stimmvolk werden der realitätsfernen Idee mit einem klaren Nein hoffentlich eine deutliche Antwort geben.

2.4 Energiepolitik

Aber auch in der Energiepolitik gehen die Wogen seit einiger Zeit hoch. Zwar stecken hinter der Energiestrategie 2050 des Bundes durchaus gute Absichten. Können wir in unserem Land die Versorgungssicherheit in Zukunft nicht zuverlässig garantieren, kostet dies bei einem schweizweiten Blackout gut und gerne zwei bis vier Milliarden Franken⁹ – pro Tag.

Statt auf einen bezahlbaren und wirtschaftsverträglichen Umbau der Energieversorgung setzt der Bundesrat lieber auf massive Subventionen und Vorschriften, die an allen möglichen und unmöglichen Orten Eingriffe in unser derzeit gut funktionierendes System vorsehen. Lassen Sie mich nochmals auf einige zentrale Grundsätze hinweisen:

(1) Hüten wir uns davor, jetzt ein Subventionssystem aufzubauen, das wir dann nicht mehr beseitigen können. Die Förderung der erneuerbaren Energien sollte auf eine Anschubfinanzierung begrenzt sein und sowohl in der Höhe (bei 1,5 Rp./kWh) wie auch in der Dauer (bis 2020) limitiert werden.

(2) Die wichtigste Energiequelle der Schweiz ist mit einem Anteil von 56 Prozent¹⁰ die Wasserkraft. Genau diese ist aber durch die hohen Subventionen in der EU gefährdet. Auch hier gilt: Wir sollten nicht dieselben Fehler wiederholen, die derzeit in den Nachbarländern begangen werden. Also bitte keine Ausweitung der Subventionen.

(3) Halten wir uns alle Optionen offen. Während unsere Wirtschaft mit der Frankenstärke und die Stromkonzerne europaweit mit einem Wertverlust von 60 Prozent kämpfen, sollten wir die Türen für künftige saubere und sichere Technologien im Kernenergie- oder Gasbereich nicht verschliessen. Wie Unternehmen ihre Risiken, sollten wir auch unsere Energieversorgung diversifizieren und nicht alles auf eine Karte setzen.

(4) Nicht nur, aber auch mit Blick auf die aktuelle Frankenstärke gilt es, aufwendige Regulierungen und unnötige Bürokratie für unsere Unternehmen zu vermeiden. Letztendlich sollen die Kunden und nicht der Staat entscheiden, von wem sie welche Energie beziehen wollen. Statt mehr Markteingriffe brauchen wir vielmehr eine stärkere Einbindung in den europäischen Strommarkt. Dazu brauchen wir ein Stromabkommen mit der Europäischen Union.

In der Energiepolitik dominieren derzeit Planwirtschaft vor Marktwirtschaft und nationaler Alleingang vor internationaler Vernetzung. Das ist höchst besorgniserregend und muss korrigiert werden. Die jetzt angedachte Umsetzung der Energiestrategie 2050 birgt zahlreiche unkalkulierbare und teure Risiken. Für die Wirtschaft ist sie in ihrer jetzigen Form nicht zu akzeptieren.

3 Fazit

Meine Damen und Herren, die Herausforderungen für die Schweiz im In- und Ausland sind ohne zu übertreiben gross, ja sehr gross. Noch gilt unser Land laut diversen Rankings als eines der innovativsten und wettbewerbsfähigsten weltweit. Paradoxerweise scheint es aber, dass gerade weil sich unser Wohlstand in den letzten Jahren derart positiv entwickelt hat, gewisse «Sättigungstendenzen» erkennbar sind. Wenn heute der Ruf nach etwas mehr Kontrolle und staatlicher Eingriffe oder etwas mehr Abschottung lauter wird, dann vielleicht auch deshalb, weil die vergangenen Erfolge teilweise als selbstverständlich wahrgenommen werden. Eine erfolgreiche Schweiz von morgen muss schon heute gebaut werden. Und ohne eine starke Wirtschaft sind diese anstehenden Herausforderungen nicht zu

⁹ Berechnungen des VSE.

¹⁰ <http://www.bfe.admin.ch/themen/00490/00491/>

meistern. Die Wirtschaft muss auch weiterhin nicht Teil des Problems, sondern Teil der Lösung sein. Hierzu brauchen wir Vertrauen von Politik und Gesellschaft. An diesem Vertrauen haben wir im vergangenen Jahr gearbeitet. Im offenen und respektvollen Dialog mit der Bevölkerung, dem Parlament oder der Verwaltung. Und so werden wir uns auch weiterhin für die Interessen der Schweizer Wirtschaft engagieren.

In diesen Tagen werden unsere Raddampfer um Luzern von musikalischen Klängen empfangen. Im KKL findet bekanntlich das alljährliche Lucerne Festival statt. Für mich sind diese Konzerte stets eine musikalische Offenbarung. Mit welch Feingefühl, Empathie, Engagement, aber auch Bestimmtheit, Stärke und Präsenz die einzelnen Register miteinander interagieren und dadurch dem Zuhörer unvergessliche Momente beschere, bewundere ich. Die Schweiz hat viel von diesem Orchester in sich und war bis jetzt nur schwer aus dem Takt zu bringen – auch wenn ringsum im Saal einiges an Unruhe herrschte. Diesen Herbst wird mit den eidgenössischen Parlamentswahlen nun aber auch bei unserem Orchester eines der Register teilweise neu zusammengesetzt. Ich hoffe, dass damit im Bundeshaus verstärkt Verständnis dafür einkehrt, dass ohne ein starkes Wirtschaftsregister keine gute Musik entstehen kann. Die Wirtschaft braucht keine Fermaten im Notenblatt, wo dies nicht notwendig ist. Sie weiss aber auch, dass für eine gelungene Aufführung nicht nur ein, sondern alle Register im Takt bleiben und gemeinsam musizieren müssen. Es ist zu hoffen, dass sich das Parlament der neuen Legislatur rasch auf die richtige Tonart einigen wird: Denn wir brauchen das wirtschaftlich starke Fundament, aber auch die politische Unterstützung und den gesellschaftlichen Willen, die Schweiz vorwärtszubringen. Nicht nur gute Musik, sondern auch erfolgreiche Länder zeichnen sich dadurch aus, dass diese Balance meisterhaft eingehalten wird. Helfen Sie mit, dass die Schweiz auch weiterhin dazu gehört.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.